Sonnabend, 26. September 1925 . 73. Jahrgang Nr. 456

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschliesslich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 60 Pfennig im voraus zahlbar, durch die Post 2,15 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 12gespaltene Zeile 80 Pfennig; für kleine Anzeigen: das Wort 20 Pfennig; das fettgedruckte Wort 40 Pfennig. Haupt-Expedition: SW, Jerusalemer Str 46—49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3440 bis 3455; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Code — Postscheckkonto Nr 324, Rudolf Mosse, Berlin NW 7. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67-68, Wiener Strasse 1-6, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstr. 8, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Str 79.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus- u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"

Fennstr 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthaler Str. 48, Rathenower Str. 3, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 53, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 59, Blücherstr. 69, Fidicinstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39. Nürnberger Str. 25-26. Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Str. 247-48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weissensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21-22; Cöpenick: Schlossstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str 47; Stettin: Mönchenstr. 31.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Zustimmung der Länder

Einhelligkeit in der Ministerkonferenz – Fromme Wünsche für den Preisabbau – Keine neuen Vorschläge

Amtlich wird mitgeteilt: In der Versammlung der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder, in der sich die außenpolitische Aussprache bis in die Nachmittagsstunden erstreckte, erstattete zunächst der Reichsaußenminister einen eingehenden Bericht. Im Laufe der umfassenden Erörterung, in der auch der Reichskanzler mehrfach das Wort ergriff, wurde einhellige Zustimmung zu dem Entschluß der Reichsregierung festgestellt, die internationale Zusammenkunft in der Schweiz zu beschicken.

*

Die deutsche Antwort wird am Sonnabend überreicht werden. Als Form wird die Note gewählt, also nicht, wie gelegentlich behauptet wurde, eine einfache mündliche Mitteilung der Botschafter. Es steht noch dahin, ob Deutschland konkrete Vorschläge über den Tagungsort im Rahmen der Note machen wird. Auch die Wahl Luzerns, das von deutscher Seite vorgeschlagen werden wird, steht noch nicht endgültig fest. Eine gewisse Wahrscheinlichkeit gewinnt die Wahl Luzerns, wenn sich Mussolini, wie der „Messaggero" behauptet, nicht an der Konferenz beteiligt. Die deutsche Note wird sich auf die Annahme der Einladung beschränken und in die inhaltliche Debatte über den Sicherheitspakt nicht eingehen.

Die Konferenz der Ministerpräsidenten hat den Standpunkt der Regierung einheitlich gebilligt. Ihre relativ lange Dauer erklärt sich weniger aus Meinungsverschiedenheiten als aus zahlreichen Rückfragen, die angesichts der Tragweite der bevorstehenden politischen Entscheidung natürlich sind. Im übrigen stellt die amtliche Verlautbarung in aller Vorsicht fest, daß die Einhelligkeit des Kabinetts den Entschluß der Konferenzbeschickung, also eine Selbstverständlichkeit, betrifft. Wir nehmen nicht an, daß z. B. Herr Schiele in weiteren Fragen die Einhelligkeit des Kabinetts stören könnte. Aber es scheint, daß man etlicher „nationaler" Radaubolde wegen noch nicht recht wagt, die weitgehende Einhelligkeit des Kabinetts so zu betonen, wie es den Tatsachen entspräche und zugleich den deutschen Interessen gedient hätte.

Und die Preissenkung?

Ueber den Teil der gestrigen Verhandlungen, die sich mit der Teuerung befassen, wird außerdem amtlich gemeldet:

In der Nachmittagssitzung der Minister- und Staatspräsidenten der Länder mit der Reichsregierung wurden die Maßnahmen zur Preissenkung beraten. Der Reichskanzler wies auf die zwingende Notwendigkeit einer weiteren Senkung der Preise hin. Die Maßnahmen, die von der Reichsregierung in nächster Zeit noch durchgeführt werden sollen, wurden mitgeteilt und fanden die einmütige Zustimmung der Staats- und Ministerpräsidenten, die der Reichsregierung ihre umfassende Unterstützung zusagten. Die Regierungen werden alle Mittel anwenden, um bestehende Mißstände zu beseitigen und die Wirtschaft von dem Druck einer ungesunden und unorganischen Preisbildung zu befreien.

*

Der zweite Teil der Konferenz der Ministerpräsidenten, der gestern um 4½ Uhr nachmittags begann, galt der Preissenkungsaktion der Regierung. Reichswirtschaftsminister Neuhaus hat vor wenigen Tagen im Reichswirtschaftsrat die Drohung ausgesprochen, daß die Regierung die Sätze des autonomen Zolltarifes erniedrigen werde, wenn die Industrie das Preisniveau diesen Sätzen anpaßt. Die Sätze des autonomen Zolltarifs sind dazu bestimmt, im Verhandlungswege als Kompensationsobjekt zu dienen und herabgesetzt zu werden. Die Drohung des Reichswirtschaftsministers läßt die Kraft des Widerstandes erraten, dem die Regierung bei ihrer Abbauaktion begegnet. Wie wir hören, ist das Reichswirtschaftsministerium mit Vorstudien über die Kartellgesetzgebung des Auslandes beschäftigt, um zur gegebenen Zeit auch in Deutschland die Kartellverordnung zu verschärfen, wenn eine gütliche Einigung vergeblich bleiben sollte. Aus demselben Grunde wird dem Reichswirtschaftsministerium ein Gesetzentwurf über die Offenbarungspflicht bei Verabredungen zu öffentlichen Verdingungen vorbereitet.

Wie wir weiter hören, will die Reichsregierung sich bei ihrem Bemühen um den Abbau der Preise vor allem auf die vor kurzem noch abbaureif befundenen Preisprüfungsstellen stützen, die der Exekutive der Länder unterstehen. Daraus wird die Absicht der Regierung klar: dafür zu sorgen, daß sich die Herabsetzung der Umsatzsteuer voll auswirkt. Unzähligemal ist auf die schwere Belastung des Produktionsprozesses und des Warenumlaufes durch diese Steuer hingewiesen worden, die sich auf jeder Stufe wiederholt. Die Umsatzsteuer wird von ihrem Höchststand von 2½ Prozent bis auf 1 Prozent abgebaut. Den Forderungen der Wirtschaft ist Genüge geschehen. Trotzdem hat sich die Herabsetzung der Umsatzsteuer, von der früher eine Gesamtbelastung des Endproduktes bis zu 20 Prozent im Durchschnitt errechnet worden ist, in den Preisen noch nicht ausgewirkt. Die Regierung sieht offenbar mit Mißbehagen die Herabsetzung der öffentlichen Steuer durch eine Privatsteuer aufgehoben

Die ängstliche Rheinlandkommission

Hellpach darf keine Anspielungen machen

Karlsruhe, 25. September.

Wie von hiesiger zuständiger Stelle verlautet, hatte Staatspräsident Dr. Hellpach die Absicht, dem am 27. September stattfindenden Heimattag der Stadtgemeinde Kehl beizuwohnen, um mit den Bewohnern des besetzten Gebietes in persönliche Fühlung zu treten. Der Delegierte der interalliierten Rheinlandkommission hat nunmehr dem Landrat in Kehl gegenüber erklärt, er habe von der interalliierten Rheinlandkommission den Auftrag, dem Staatspräsidenten zu eröffnen, daß eine Rede mit Anspielungen auf die politischen Zustände in den besetzten Gebieten, wie sie der Staatspräsident kürzlich beim Karlsruher Heimattag gehalten habe, (?) in Kehl nicht geduldet werden könne. Der Staatspräsident hat daher die Absicht, dem Heimattag beizuwohnen, aufgegeben.

Frankreich erstickt in Kohlen

Riesige fremde Einfuhr, für eigene Ware kein Absatz

Paris, 25. September.

Die französische Kohlenindustrie befindet sich seit einiger Zeit in einer kritischen Lage. Die schon lange drohende Krise konnte aber bisher noch immer abgewendet werden, obgleich die Einfuhr englischer und belgischer Kohlen den französischen Grubenbesitzern in immer stärkerem Maße Konkurrenz machte. **Jetzt scheint aber die Krise zum Ausbruch zu kommen,** und zwar, wie in England, infolge erhöhter Lohnforderungen der Grubenarbeiter. In Douai fand gestern eine Sitzung zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt, in der die Arbeiter ihre neuen Forderungen vorbrachten. Da keine Einigung zustande kam, ist die Verhandlung ergebnislos abgebrochen worden.

Der „Paris-Soir" hat sich an den Generalsekretär des Verbandes der französischen Kohlengruben gewandt, um von ihm näheres über die Ursachen der Krise zu erfahren. Der Generalsekretär erklärte u. a.: Einen großen Einfluß auf die Lage der französischen Kohlenindustrie habe die von der englischen Regierung am 1. August beschlossene Unterstützung der englischen Kohlenindustrie gehabt. **Seitdem sei geradezu eine Flut englischer Kohle zu Preisen, die unter den französischen Inlandspreisen liegen, nach Frankreich eingeführt worden. Außerdem habe die Einfuhr deutscher Kohle in diesem Jahre bedeutend zugenommen.** Ein neuer Konkurrent sei in Rußland entstanden, das Anthrazit zu bedeutend niedrigeren Preisen liefert.

Neue Bergarbeiterkrise in England

Die Arbeiter von der Regierung abgewiesen

London, 25. September.

Wie heute von offizieller Seite verlautet, ist die Antwort, die Baldwin gestern der Bergarbeiterföderation erteilte, auf Grund einer endgültigen Entscheidung der Regierung erfolgt. **Die Frage ist jetzt also, was die Bergarbeiterföderation tun wird, nachdem sie abgewiesen worden ist.** Der eigentliche Krach und wahrscheinlich eine neue Krise dürfte aber erst nach dem 8. Oktober, an dem die Bergarbeiterdelegiertenkonferenz in Liverpool beginnt, losgehen. Der „Star" will allerdings bereits erfahren haben, daß man nicht wieder zum Generalstreik aufrufen werde. Die gemäßigten Bergarbeiterführer sollen sogar der Meinung sein, daß man mit dem Boykott der königlichen Kohlenkommission bereits zu weit gegangen sei.

Die Edelarier unter sich

Beschimpfung und Klage

München, 25. September.

Der „Völkische Kurier" teilt mit, daß er gegen die nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Dr. Buttmann, Streicher und Hermann Esser und gegen den „Oberbayerischen Gebirgsboten" wegen der letzten Beschimpfungen und Beschuldigungen die Klage anstrengen werde. Herr Esser habe während der letzten Radauversammlung den anwesenden Berichterstatter des „Völkischen Kurier" persönlich beschimpft, eine besonders vornehme Kampfart, der sich einige anwesende Zuhörer sofort angeschlossen hatten.

Ein französischer Generalrat für „Betriebsverkleinerung." Der Generalrat von Allier hat einen Antrag seines Vorsitzenden, des Senators Régnier, angenommen, durch den Regierung und Parlament aufgefordert werden, gewisse französische Kolonien aufzugeben, um dadurch die Steuerlast Frankreichs zu erleichtern.

Schnelldienst

Der preußische Staatsrat tritt am 29. September zu einem neuen Tagungsabschnitt zusammen, der voraussichtlich bis zum 2. Oktober dauern wird.

Der englische Botschafter Lord d'Abernon ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Botschaft wieder übernommen.

Die österreichischen Journalisten folgten gestern nachmittag einer Einladung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung zum Frühstück in dem schön geschmückten Festsaale des Berliner Rathauses, worauf am Abend ein Empfang in der österreichischen Botschaft stattfand.

Reichsgerichtspräsident Dr. Simons hält vom 2. November an alle vierzehn Tage Montags von 5—7 Uhr an der Deutschen Hochschule für Politik Vorlesungen über die Hauptprobleme des Völkerrechts.

Vor dem Hamburger Strafgericht haben sich demnächst 440 in 20 Tätergruppen eingeteilte Angeklagte zu verantworten, die vom Dezember 1923 bis Dezember 1924 massenhaft Ausfuhrgüter raubten, bzw. Beihilfe beim Raube leisteten oder sich der Hehlerei schuldig machten.

Der Gouverneur von Hongkong hat mitgeteilt, daß beschlossen worden sei, der Stadt Hongkong 3 Millionen Pfund zur Verfügung zu stellen, um die augenblickliche Wirtschaftskrise zu lindern.

In Hamburg brach auf dem am Asiakai liegenden deutschen Dampfer „Hemsoth" Feuer aus, das an der aus Baumwolle und Harz bestehenden Ladung reiche Nahrung fand und erst nach mehrstündiger Tätigkeit der Feuerwehr gelöscht werden konnte.

Paktkonferenz und Völkerbund

Von
Dr. Hans Wehberg (Berlin)

Nach langen diplomatischen Zwischenspielen ist endlich die Paktkonferenz gesichert. Wir, die wir noch stark unter den Schwierigkeiten der Nachkriegszeit leben, sind vielleicht nicht imstande, völlig zu erkennen, daß es sich bei dieser Staatenzusammenkunft um ein welthistorisches Ereignis ersten Ranges handelt, vergleichbar etwa dem Frieden zu Münster und Osnabrück.

Steht doch auf der beabsichtigten Konferenz keineswegs lediglich ein Freundschafts- oder Schiedsvertrag zur Diskussion, wie er in der Vorkriegszeit häufig unter großen Reden geschlossen wurde, um die Beziehungen zweier Völker enger zu gestalten. Vielmehr sollen diesmal aus den Friedens- und Freundschaftsbeteuerungen, aus dem Willen zur Verständigung ganz positive Schlüsse gezogen und in einem Staatsvertrage festgelegt werden.

In erster Linie soll jeder Krieg zwischen Deutschland und Frankreich usw. fortan untersagt sein. Der Versailler Friedensvertrag hat bekanntlich Deutschland das Recht der Kriegführung nicht genommen. Jetzt soll Deutschland auf dieses Recht einzelnen Staaten gegenüber verzichten, und Frankreich und andere Staaten sollen in voller Gegenseitigkeit das gleiche tun.

Dieses Verbot der Kriegführung soll unter die Garantie Großbritanniens und anderer Staaten gestellt werden. Das gemeinschaftliche Interesse der europäischen Mächte an der Aufrechterhaltung des Friedens soll jetzt nicht mehr lediglich in Worten dokumentiert, sondern durch eine bis zum Einsatze militärischer Kraft gehende Verpflichtung anderer Staaten betreffend Hilfeleistung unterstrichen werden. Der Grundsatz „Einer für alle und alle für einen" soll künftig in bezug auf die Abwehr von Angriffskriegen gelten. Alle Staaten sollen dabei in gleicher Weise geschützt sein.

Der Vertrag soll weiter ein groß angelegtes Schiedssystem in sich schließen. Er soll einen Weg weisen, auf dem die Streitigkeiten zwischen den Parteien endgültig aus der Welt geschafft werden. Dabei ist eine wichtige Einschränkung gemacht: Der Statusquo zwischen Deutschland und Frankreich soll unangetastet bleiben und keiner erneuten Nachprüfung unterliegen.

Im einzelnen taucht hier eine Fülle von Fragen auf, deren Beantwortung Aufgabe der Delegierten der kommenden Konferenz sein muß. Fast alle jene Probleme, die innerhalb des Völkerbundes, namentlich in Zusammenhang mit dem Genfer Protokoll, umstritten worden sind, müssen gelöst werden. Ganz besondere Schwierigkeiten wird es machen, die Feststellung des Angreifers in einer völlig einwandfreien und keine Partei benachteiligenden Weise zu regeln. Nicht ohne Meinungsverschiedenheiten wird auch die Schaffung eines Schiedsgerichtssystems vor sich gehen.

Dabei taucht die Frage auf: Bedeutet der Abschluß des großen Sicherungspaktes mit seinen verschiedenen Ergänzungsverträgen nicht eine Beiseiteschiebung des Völkerbundes und wird nicht durch das neue System die Kraft des Bundes geschwächt werden?

Wenn vielfach diese Frage bejaht wird, so erscheint es uns notwendig, die entgegengesetzte Auffassung mit aller Entschiedenheit zu betonen. Das eine ist zunächst vollkommen sicher: Die Fachkonferenz könnte die ihr gestellte Aufgabe gar nicht lösen, wenn der Völkerbund nicht bestände und wenn sie die in der Völkerbundssatzung enthaltenen Prinzipien nicht zur Voraussetzung ihrer Arbeiten zu machen imstande wäre. Das ist einmal rein ideell aufzufassen, indem man sagen muß, daß ohne den Sieg des Völkerbundsgedankens im Jahre 1920, wenn dieser auch noch kein endgültiger war, die europäischen Staatsmänner nicht schon heute zusammenkommen würden, um den Krieg als Mittel der Streiterledigung in ihren gegen-